

Antrag

A1 - neu Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur Wehrpflicht

Antragssteller*innen: KjG, KLJB, Kolpingjugend, DV Limburg

Antragstext

1 Angesichts der Zeitenwende, die durch den russischen Angriffskrieg gegen die
2 Ukraine und die damit einhergehende akute Bedrohung des Friedens in Europa
3 eingeleitet wurde, sowie mit Blick auf die zunehmend volatile weltpolitische
4 Lage, geraten Fragen der nationalen und europäischen Sicherheitspolitik
5 verstärkt in den Fokus^[1]. Hinzu kommen autoritäre und militärische Dynamiken
6 sowie ein spürbarer Rechtsruck in vielen Teilen Europas, die den
7 gesellschaftlichen Zusammenhalt und die demokratischen Werte massiv
8 herausfordern^[2]. In dieser Situation wird die Debatte um die Reaktivierung der
9 allgemeinen Wehrpflicht und die Einführung eines zivilen oder sozialen
10 Pflichtdienstes in Deutschland wieder mit großer Intensität geführt^[3].

11 Die Hauptversammlung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) spricht
12 sich innerhalb dieser Debatte gegen eine Reaktivierung der allgemeinen
13 Wehrpflicht und gegen jede Form von zivilem oder sozialem Pflichtdienst aus. Wir
14 bekräftigen unsere friedensethische Haltung, dass Sicherheit, Frieden und
15 gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht durch Pflichtdienste, sondern durch
16 freiwilliges, wertorientiertes Engagement, politische Beteiligung und
17 demokratische Bildung entstehen.

18 Notwendige Verteidigungsfähigkeit ist ohne Wehrpflicht möglich: Es gibt andere
19 Staaten, Modelle und Expertisen, die zeigen: Eine ausreichend starke und
20 leistungsfähige Bundeswehr lässt sich u.a. auch durch Freiwillige, Reservisten,
21 bessere Anreize, Gehälter und Ausstattung aufbauen.

22 Wir setzen uns für eine starke und resiliente Gesellschaft ein. Dazu gehört für
23 uns die Stärkung von freiwilligen Engagement in Zivilgesellschaft,
24 Katastrophenschutz und auch in der Bundeswehr. In der aktuellen Debatte sind uns
25 folgende Aspekte wichtig:

1. **Freiwilligkeit statt Pflicht.**

26 Junge Menschen dürfen nicht zu einem Dienst gezwungen werden. Ein
27 allgemeiner Pflichtdienst, unabhängig, ob militärisch, in
28 zivilgesellschaftlichen Diensten oder Hilfsorganisationen (sogenannte
29 Blaulichtorganisationen), ist ein tiefer Eingriff in die Grund- und
30 Freiheitsrechte und widerspricht unserer Vorstellung einer
31 selbstbestimmten und solidarischen Gesellschaft. Er würde junge Menschen
32
33

34 entmündigen, anstatt sie zu befähigen, freiwillig Verantwortung zu
35 übernehmen. Eine Musterung darf zudem nur dann erfolgen, wenn eine Person
36 grundsätzlich bereit ist, den Wehrdienst anzutreten. Ein Losverfahren
lehnen wir klar ab.

37 2. **Stärkung der Freiwilligendienste.**

38 Die Jugendverbände und Freiwilligendienste zeigen seit Jahrzehnten, dass
39 Engagement funktioniert, wenn es auf Freiwilligkeit beruht. Der Bund und
40 die Länder müssen bestehende Freiwilligendienste (wie FSJ, FÖJ, IJFD, BFD,
41 weltwärts) und deren Träger strukturell, finanziell und rechtlich
42 absichern. Dazu gehört ein gesetzlicher Rechtsanspruch auf Förderung jeder
43 abgeschlossenen Freiwilligendienstvereinbarung zwischen Freiwilligen,
44 Trägern und Einsatzstellen und ein staatlich finanziertes Freiwilligengeld
45 mindestens auf BAföG-Niveau, um soziale Hürden abzubauen[4]. Wir schließen
46 uns der Forderung nach einem Freiwilligendienste-Stärkungsgesetz an.
47 Freiwilliges Engagement darf keine Frage des Einkommens oder der sozialen
48 Herkunft sein, um soziale Hürden abzubauen[5]. **Zur Gleichwertigkeit dieser
49 Engagementformen zählt zudem, dass Anschreiben an junge Menschen nicht nur
50 über den Dienst in der Bundeswehr informieren, sondern ebenso umfassend
51 über alle zivilen Engagementmöglichkeiten aufklären und auf diese
52 verweisen. Nur so entsteht echte Wahlfreiheit zwischen den Diensten, die
53 im Sinne der Selbstbestimmung und des Abbaus von Klassismus unbedingt
54 gewährleistet werden muss.**

55 3. **Politische Verantwortung und Beteiligung**

56 Junge Menschen und ihre Verbände müssen dauerhaft, verbindlich und wirksam
57 in alle politischen Prozesse einbezogen werden, die ihre Gegenwart und
58 Zukunft betreffen. Dies beinhaltet, mit jungen Menschen zu sprechen, ihre
59 Perspektiven ernst zu nehmen und sie systematisch an politischen
60 Entscheidungen zu beteiligen. Das gilt in aktuellen Debatten um Wehrdienst
61 den Wehrdienst besonders.

62
63 Wir fordern deshalb die Absenkung des Wahlalters für junge Menschen[6], um
64 politische Teilhabe strukturell zu sichern. Darüber hinaus müssen
65 Jugendverbände als zentrale Ort demokratischer Bildung, Mitbestimmung und
66 Friedenserziehung gefördert und systematisch in politische Prozesse
67 eingebunden werden.

68
69 Dafür braucht es verbindliche Beteiligungsmechanismen, die sicherstellen,
70 dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aktiv Einfluss auf
71 politische Entscheidungen nehmen können. Die Positionierungen und
72 Stellungnahmen von Jugendverbänden – insbesondere im Rahmen der
73 Verbändebeteiligung bei Gesetzgebungsverfahren – müssen spürbar
74 berücksichtigt werden. Nur so wird Beteiligung zur gelebten Demokratie und
junge Menschen werden als gleichberechtigte politische Akteur*innen
anerkannt.

75 **4. Gleichbehandlung und Geschlechtergerechtigkeit.**

76 Engagement-, sicherheits- und sozialpolitische Diskurse müssen nicht nur
77 zusammengedacht, sondern so gestaltet werden, dass feministische
78 Perspektiven systematisch einbezogen und gestärkt werden. In den Debatten
79 um Wehrdienst ist daher zu berücksichtigen, welche sozialen, ökonomischen
80 und strukturellen Auswirkungen solche Modelle auf Bildungs- und
81 Erwerbsbiografien sowie Lebensverläufe junger Menschen haben –
82 insbesondere im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit. Dabei bedeutet
83 Geschlechtergerechtigkeit nicht, alle gleich zu behandeln, sondern die
84 unterschiedlichen Lebensrealitäten, Chancen und Belastungen von Menschen
85 gerecht zu berücksichtigen.

86 **5. Notwendige Begleitstrukturen.** Psychologische, seelsorgliche,
87 berufsvorbereitende und sozialpädagogische Begleitstrukturen müssen ein
88 zentrales Element für Menschen in allen Dienstesein. Dafür müssen die
89 bestehenden Anlaufstellen und Träger systematisch unterstützt und
90 ausgebaut werden. Hierzu gehört ebenso der Ausbau von diskriminierungs- und
91 rassismussensible Strukturen sowie wirksame Präventions- und
92 Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt.

93 **Trotz unserer klaren Haltung, die Pflichtdienste grundsätzlich ablehnt,**
94 **formulieren wir aufgrund der aktuellen Debatte zusätzliche Forderungen an die**
95 **Bundesregierung für den Fall einer Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht. In**
96 **diesem Fall muss deren Ausgestaltung möglichst gerecht, freiheitswährend und**
97 **verantwortungsvoll erfolgen. Unsere Position gründet auf einer über 70jährigen**
98 **Befassung mit friedensehntischen Fragestellungen sowie einer jahrezehntelangen**
99 **Auseinandersetzung mit zivilgesellschaftlichen und militärischen Diensten aus**
100 **jugend- und gesellschaftspolitischer Perspektive. Vor diesem Hintergrund haben**
101 **wir eine klare Haltung entwickelt. Folgende Aspekte müssen in der aktuellen**
102 **Debatte Berücksichtigung finden:**

103 **5. Gleichwertigkeit** aller Dienste.

104 Alle Dienste in zivilgesellschaftlichen, militärischen sowie die
105 Helfendienste (sogenannte Blaulichtorganisationen) müssen finanziell,
106 strukturell und gesellschaftlich gleichwertig ausgestattet und anerkannt
107 werden. Hierbei bedeutet die finanzielle Gleichwertigkeit, dass Anreize
108 für einen Dienst nicht so ausgestaltet sein dürfen, dass Menschen aus
109 sozioökonomisch schwachen Haushalten faktisch in einen Dienst gedrängt
110 werden. Jede Entscheidung muss frei getroffen werden können – unabhängig
111 finanzieller Hintergründe und ungleicher Chancen.

112 Daher bekennt sich der BDKJ grundsätzlich zu einem Dreisäulenmodell.
113 Dieses Modell betrachtet Freiwilligendienste (basierend auf den
114 geforderten Rahmenbedingungen eines Rechtsanspruchs) und den Wehrdienst
115 neben anderen Formen institutionalisierten Ehrenamts als gleichwertig
116 ausgestaltete Säulen des Engagements, zwischen denen junge Menschen
117 gleichberechtigt wählen können. Einen Wehrrersatzdienst in Form eines

118 Zivildiensts als weiteres Format braucht es in diesem Modell nicht.
119 Zur Gleichwertigkeit zählt auch, dass die Anschreiben an junge Menschen
120 nicht nur über den Dienst in der Bundeswehr informieren, sondern ebenso
121 umfassend über alle zivilen Engagementmöglichkeiten aufklären und auf
122 diese verweisen. Nur dies schafft eine echte Wahlfreiheit zwischen den
123 Diensten, die im Sinne der Selbstbestimmung und des Abbaus des Klassismus
124 unbedingt ermöglicht werden muss. Darüber hinaus werden bereits geleistete
125 Dienste und ehrenamtliches Engagement in angemessener Form berücksichtigt
126 und anerkannt.

127 **6. Generationengerechtigkeit.**

128 Gesellschaftliche Herausforderungen und Krisen erfordern gemeinsames
129 Handeln und Solidarität über alle Altersgruppen hinweg. Es darf nicht
130 allein an jungen Menschen liegen, Verantwortung zu übernehmen und die
131 Folgen politischer oder gesellschaftlicher Krisen zu kompensieren, wie es
132 in der Vergangenheit schon der Fall war [6]. **Generationengerechtigkeit**
133 muss Kompass politischer Verantwortung sein. Dies bedeutet, Sicherheit,
134 Freiheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt solidarisch über alle
135 Altersgruppen hinweg zu tragen. Deshalb sollen nicht nur junge Menschen in
136 die Pflicht genommen werden. Friedenssicherung ist die Verantwortung aller
137 Generationen.

138 **7. Notwendige Begleitstrukturen.**

139 Im militärischen Dienst sind Menschen mit Situationen konfrontiert, die
140 tief in die persönliche Ethik, Psyche und Lebensperspektive eingreifen
141 können. Deshalb müssen psychologische und sozialpädagogische
142 Begleitstrukturen ein zentraler Bestandteil des Diensts sein. Es braucht
143 auch hier diskriminierungs- und rassismussensible Strukturen sowie
144 wirksame Präventions- und Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt.
145 Besonders hervorzuheben ist in diesem Kontext, dass junge Menschen nicht
146 zu Tätigkeiten verpflichtet werden dürfen, die ihrer psychischen
147 Gesundheit schaden oder Diskriminierung oder Traumatisierungen fördern.
148 Als positives Beispiel engagiert sich der BDKJ mit der "aktion kaserne"
149 gezielt für junge Soldat*innen. Dabei bieten wir politische und ethische
150 Bildungsangebote an, die das Leitbild des "Staatsbürgers in Uniform"
151 stärken. Zudem unterstützen wir sie dabei, Möglichkeiten für
152 ehrenamtliches Engagement im Rahmen der Streitkräfte wahrzunehmen und sich
153 als Vertrauenspersonen zu qualifizieren. Dieses Engagement ist Teil
154 unseres Beitrags zur Stärkung der ethischen und sozialen Begleitung im
155 militärischen Umfeld. [\[9\]](#)

156 Als überzeugte Christ*innen und Europäer*innen halten wir an unseren Zielen und
157 Werten fest, die wir in vielen Beschlüssen und detaillierten Forderungen an
158 Politik und Gesellschaft zum Ausdruck gebracht haben:

159 Konflikte werden nicht durch Aufrüstung gelöst, sondern durch Entwaffnung,
160 Rüstungsexportkontrollen, sowie Perspektivangebote für Betroffene. [\[10\]](#) Darüber

161 hinaus ist neben einer Sicherheitspolitik jenseits von Macht- und Militärlogik,
162 eine gezielte Stärkung von Krisenprävention, humanitärer Hilfe sowie Bildung und
163 Entwicklungszusammenarbeit essenziell zur Erhaltung und zum Wiederaufbau von
164 Frieden.^[11] Und auch angesichts wachsender autoritärer und militärischer
165 Dynamiken ist eine friedensethische Weiterentwicklung nötig, die Menschenrechte,
166 zivile Konfliktbearbeitung und nachhaltige Friedensordnung ins Zentrum stellt.
167 Diplomatie und Friedensarbeit müssen vorrangig genutzt werden und militärische
168 Verteidigung darf nur als letztes Mittel gewählt werden.^[12]

169 Wir fordern die Mitglieder des deutschen Bundestages, insbesondere den
170 Bundesverteidigungsminister und den Bundeskanzler dazu auf, die Perspektive
171 junger Menschen ernst zu nehmen und entsprechend zu berücksichtigen. Wir fordern
172 die Bundesjugendministerin zudem dazu auf, sich in allen Anliegen, die
173 insbesondere junge Menschen betreffen, sich für diese einzusetzen und eine
174 starke Stimme für sie im Bundeskabinett zu sein.

175 Wir fordern die Deutsche Bischofskonferenz auf, ihre im Oktober 2025
176 beschlossene Erklärung zur Wehrdienstdebatte^[13] verstärkt in die politische
177 Diskussion einzubringen und sich entsprechend für friedensethische Perspektiven
178 und die Rechte junger Menschen einzusetzen.

179 Wir sind davon überzeugt, dass junge Menschen ihr volles Potenzial entfalten
180 können, wenn sie sich aus eigenem Antrieb engagieren. Wenn diese durch die
181 entsprechenden Rahmenbedingungen^[14] gefördert werden, ergeben sich nachhaltige
182 Anreize für langfristiges freiwilliges gesellschaftliches Engagement.

183 ^[1]<https://www.tagesschau.de/thema/ukraine>

184 ^[2][https://www.deutschlandfunk.de/rechtspopulismus-rechtsextremismus-europa-](https://www.deutschlandfunk.de/rechtspopulismus-rechtsextremismus-europa-rechtsruck-100.html)
185 [rechtsruck-100.html](https://www.deutschlandfunk.de/rechtspopulismus-rechtsextremismus-europa-rechtsruck-100.html); [https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-populismus-](https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-populismus-rechtsruck-100.html)
186 [rechtsruck-100.html](https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-populismus-rechtsruck-100.html);

187 ^[3]<https://www.youtube.com/watch?v=Si3oSLYS60U>;
188 <https://www.tagesschau.de/thema/wehrpflicht>

189 ^[4] „Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes“, Beschluss der
190 BDKJ-Hauptversammlung 2024.

191 ^[5] „Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes“, Beschluss der
192 BDKJ-Hauptversammlung 2024.

193 ^[6] „Generationengerechtigkeit als Kompass politischer Verantwortung“, Beschluss
194 der BDKJ-Hauptversammlung 2024; „Jugend beteiligen jetzt!“, Beschluss der BDKJ-
195 Hauptversammlung 2019.

196 ^[7] Wie z.B. der Corona-Pandemie oder der Klimakrise, vermehrte Belastung des
197 Generationenvertrags durch den demografischen Wandel.

198 ^[8] „Generationengerechtigkeit als Kompass politischer Verantwortung“, Beschluss
199 der BDKJ-Hauptversammlung von 2025.

200 ^[9]<https://www.bdkj.de/aktionen/aktion-kaserne>

201 [\[10\]](#) „Kinder und Jugendliche wollen Frieden, keine Waffen“, Beschluss der BDKJ-
202 Hauptversammlung 2016.

203 [\[11\]](#) „Frieden ist mehr wert! Frieden und Sicherheit weiterentwickeln –
204 Perspektive für alle Menschen schaffen“, Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung
205 2019.

206 [\[12\]](#) „Menschen schützen – Gewalt überwinden – Frieden nachhaltig stärken“,
207 Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2023.

208 [\[13\]https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2025/2025-
209 167a-Erklaerung-zur-Debatte-um-den-Wehrdienst-Wortlaut.pdf](https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2025/2025-167a-Erklaerung-zur-Debatte-um-den-Wehrdienst-Wortlaut.pdf)

210 [\[14\]](#) „Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes“, Beschluss der
211 BDKJ-Hauptversammlung 2024; „Ehrenamt anerkennen – Engagement fördern und
212 würdigen“, Beschluss der DBJR-Vollversammlung 2017.

Begründung

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht wird seit Frühjahr 2025 wieder intensiv politisch diskutiert. Das Bundeskabinett hat einen Gesetzesentwurf beschlossen, der eine verpflichtende Wehreffassung ab 2026 und eine Musterung ab 2027 vorsieht. Die Union hat nun sogar die Debatte um einen sofortigen Pflichtdienst ohne freiwilligen Faktor neu aufgewärmt. Diese Entwicklung stellt einen massiven jugendpolitischen Rückschritt dar und verlangt eine klare Positionierung des BDKJ. Kritiker*innen und Befürworter*innen betonen, dass viele Weichenstellungen noch 2025 fallen werden. Außerdem erhalten bereits jetzt der BDKJ und seine Mitgliedsverbände zunehmend Nachfragen zu diesem Thema.

Der letzte Beschluss zur Wehrpflicht stammt aus dem Jahr 2002. Er forderte bereits damals die Aussetzung der Wehrpflicht aus jugend- und friedenspolitischen Gründen. Die damaligen Argumente, wie eingeschränkte Grundrechte, fehlende Wehrgerechtigkeit und das Ende der sicherheitspolitischen Bedrohungslage, sind bis heute gültig. Sie müssen jedoch im Lichte neuer Herausforderungen fortgeschrieben werden.

1. Freiwilligkeit als Grundlage jugendgerechter Gesellschaft

Freiwilliges Engagement ist Ausdruck von Eigenverantwortung, Solidarität und Demokratie. Diese Werte stehen im Zentrum der Jugendverbandsarbeit. Ein Pflichtdienst, ob militärisch oder zivil, widerspricht dieser Logik. Er entmündigt junge Menschen, anstatt sie zu befähigen, Verantwortung freiwillig zu übernehmen. Die Jugendverbände zeigen seit Jahrzehnten, dass Engagement funktioniert, wenn es auf Freiwilligkeit beruht.

2. Friedens- und sicherheitspolitische Perspektive

Friedens- und Konfliktforschung betonen, dass dauerhafte Sicherheit nicht durch Zwang und Militarisierung, sondern durch Prävention, Diplomatie, Bildung und soziale Gerechtigkeit entsteht. Friedenssicherung bedeutet, Ursachen von Konflikten (Armut, Ungleichheit, Klimakrisen, Diskriminierung) zu bekämpfen, anstatt militärisch zu reagieren. Der BDKJ steht für eine zivile Sicherheitspolitik, die auf internationale Kooperation, Versöhnung und Menschenrechte setzt.

3. Gleichbehandlung und Geschlechtergerechtigkeit

Ein Modell, das nur junge Männer erfasst, widerspricht den Grundwerten der Gleichberechtigung. Eine Ausweitung auf alle Geschlechter würde jedoch die Freiheitsrechte aller jungen Menschen massiv

einschränken. Der BDKJ lehnt beides ab und fordert gleichstellungspolitisch konsequente Alternativen: Freiwilligendienste, politische Bildung und Engagementförderung.

4. Freiwilligendienste als gelebte Solidarität

Die Freiwilligendienste leisten einen zentralen Beitrag zur Demokratiebildung, sozialen Gerechtigkeit und Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Sie sind die friedliche, solidarische Alternative zur Wehrpflicht. Ein Rechtsanspruch auf Förderung und eine sozial gerechte Finanzierung sind notwendig, damit alle jungen Menschen unabhängig von Einkommen und Herkunft teilnehmen können.

5. Jugendgerechtigkeit und Teilhabe

Eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft nimmt die Perspektiven junger Menschen ernst. Sie schafft Freiräume statt Zwänge, fördert Bildung statt Musterung und setzt auf Engagement statt Pflicht. Junge Menschen sind Friedensakteur*innen – keine Ressource für sicherheitspolitische Symbolpolitik.